



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/206

5. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Hintergründe der letzten SED-Säuberung	S.1
Frankreichs militärische Möglichkeiten -Bericht aus Paris-	S.3
Noch acht Ministerien in Frankfurt	S.5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S.6

Hintergründe der letzten SED-Säuberung

sp. Die bisherigen Betrachtungen zur grossen Säuberung der SED durch ihren neuen Generalsekretär Walter Ulbricht sind selten zum Kern vorgestossen. Man kommt ihm sehr nahe, wenn man drei Motive und drei Gruppen, um die es dabei geht, feststellt.

Die Motive bestehen in der späten Vergeltung für frühere ideologische Abweichungen der Gemäßigten von der Generallinie, weiter bei einigen, wenn auch nicht bei allen, in ihrer "Anfälligkeit für westliche Einflüsse", der sie seit der Zeit ihrer Emigration in westliche Länder unterlegen seien und schliesslich in dem Wunsch Ulbrichts, ein Exempel als der "deutsche Stalin", für den er sich hält, zu statuieren und seine, nur durch russische Machtsprüche eingeengte Omnipotenz vor aller Welt nachdrücklichst zu unterstreichen.

Die drei Gruppen setzen sich folgendermaßen zusammen: Der Kreis um Paul Merker. Merker war im Grunde immer ein Gegner Ulbrichts. So hat er auch von der notwendigen Politik in der Sowjetzone eine durchaus eigene Vorstellung gehabt, die mehrfach von der offiziellen abwich, unter anderem in der Frage des Umfanges der ländlichen Kollektivierung. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um die alten "Versöhner", also um rechte Opportunisten, als deren Repräsentanten Lex Ende und Abusch gelten können, deren angebliche Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Philanthropen Noel H. Field vielmehr ein vorgeschobener Grund als die

tatsächliche Ursache für ihre politische Liquidierung ist. Schliesslich ist da die dritte Gruppe der Ministerpräsidenten - Seydewitz (Sachsen), Höcker (Mecklenburg), Eggerath (Thüringen), Jahn (Brandenburg) - mit deren plötzlicher und gewaltsamer Ausschaltung der Boden für einen eindeutig zentralistischen Kurs auch in der Verwaltung vorbereitet werden soll. Schon vorher deuteten einige wenige auffällige Vorkommnisse auf ihn hin. Der Stichtag für diese neue Ära dürfte der 15. Oktober sein.

Wie erwartet, bricht nach neuesten Informationen jetzt auch das Unwetter über "Prof." Gerhart Eisler los, der vor 1933 unter dem Decknamen Gerhart als führender "Versöhnler" in den inneren Parteikämpfen eine Rolle spielte. In Eislers Personalakten ist verzeichnet, dass er noch in der Prager Emigration mit der Politik Stalins gar nicht einverstanden war und offen aussprach, dass ein erträgliches Verhältnis zwischen den deutschen Kommunisten und Moskau zu Lebzeiten Stalins unmöglich sei. Eisler, der auf der Reise nach Mexiko in den USA hängen blieb, glaubte, sich durch besonders skrupellose Hetzpropaganda Ulbrichts Wohlwollen erkaufen zu können. Er fiel trotzdem in Ungnade und wird wahrscheinlich als Angeklagter Nr. 1 in einem politischen Schauprozess eine Rolle spielen. Angeblich erregte seine ungeschickte Kartoffelkäfer-Propaganda in Karlshorst Anstoss. In Wahrheit begleicht Ulbricht alte Rechnungen mit Eisler, der ihn vor 1933 wiederholt demütigte.

Die Abhalfterung Max Reimanns wurde nur aufgeschoben. Reimann ist den Sowjets in dem bevorstehenden Prozess wegen der Verschleppung des Bundestagsabgeordneten Kurt Müller wichtiger als auf dem Arme-Sünder-Bänkchen der Parteidreinigung. Aber auch ihn wird der Bannstrahl treffen, denn seine zahllosen, nicht gerade sowjetfreundlichen Bemerkungen aus der Zeit des "besonderen deutschen Weges" der westdeutschen KP liegen sorgfältig registriert in Ulbrichts Geheimakten. Im Sekretariat des westdeutschen KP-Vorstandes gehört Erich Jungmann zu Merkers Mexiko-Gruppe. Wenn er es nicht war, der seinen Gönner ins Stolpern brachte, dann werden ihm westliche Care-Pakete sicher als mangelnde Wachsamkeit angekreidet werden.

Ulbricht schart naiv-gläubige junge Funktionäre um sich, die nicht wissen, dass Stalin vor 1933 durch seine Anweisungen die Machtübernahme Hitlers begünstigte. Alle alten Funktionäre aber, die aus eigenem Erleben noch wissen, welche schäbige Rolle Pieck und Ulbricht als farblose Statisten in den inneren Parteiauseinandersetzungen der KP vor 1933 spielten, werden im Verlauf der weiteren Reinigung ausgemerzt. Geschäftsleute wissen zu berichten, dass höchste SED-Funktionäre sich vorsorglich nach westdeutschen Asylmöglichkeiten umhören.

Frankreichs militärische Möglichkeiten

A.P. Paris, im September

Aus verschiedenen Gründen, zu denen nicht zuletzt eine betont antimilitaristische Haltung gehört, hat der französische Militärapparat seit dem ersten Weltkrieg einen erheblichen Teil seiner Wirksamkeit eingebüßt. Am schärfsten und vorbehaltlosesten wird der Wiederaufbau dieses Machtinstrumentes von General de Gaulle gefordert, allerdings ohne dass bisher dem französischen Volk in deutlicher Form die Opfer auseinandergesetzt wurden, die man auf sich laden müsste. Es ginge dabei nicht nur um finanzielle Opfer, sondern vielleicht in erster Linie um eine völlige Verwandlung des Lebensstils und der Lebensauffassung. Die jungen Franzosen leisten zur Zeit ihren Militärdienst ohne innere Anteilnahme und sehen darin ein unvermeidliches Übel. Rein menschlich ist diese Haltung höchst sympathisch, für die bedauerlicherweise erforderliche Verteidigung Westeuropas erscheint sie jedoch als nicht unbedenklich. Der schwächste Punkt des französischen Wiederaufrüstungsprogramms ist gerade die sehr weitverbreitete militärische Verständnislosigkeit der breiten Massen. Das politische Gegenstück war bisher der in der öffentlichen Meinung rein gefühlsmässig vorherrschende Wunsch nach Neutralität zwischen Ost und West, obwohl man sich gleichzeitig der Unmöglichkeit einer derartigen Haltung bewusst war. Die moralische Mobilisierung des französischen Volkes dürfte wahrscheinlich wichtiger sein als seine militärische Ausrüstung. Bis jetzt wurde in dieser Beziehung noch nichts unternommen, doch soll Ministerpräsident Pleven entsprechende Pläne bereits entwickelt haben.

Über die augenblickliche militärische Stärke Frankreichs kann man sich nur schwer ein genaues Bild machen, nicht zuletzt, weil es seit Kriegsende zum guten Ton der französischen Presse gehört, die eigene Armee scharf und teilweise auch verächtlich zu kritisieren. Dessen ungeachtet werden die in Indochina stationierten 150.000 Mann - Freiwillige, Berufssoldaten, Fremdenlegionäre und Kolonialtruppen - auch von neutralen Beobachtern als eine beachtliche aktionsfähige Truppe betrachtet. Das sind allerdings die besten Kräfte, während im Mutterland angeblich nur eine einzige moderne Panzerdivision verfügbar sein soll. Nach optimistischen Angaben wäre Frankreich in der Lage, für die westeuropäische Verteidigung sofort etwa fünf kampffähige Divisionen zu stellen. Jedenfalls ist^{es} noch ein weiter Weg bis zur Erfüllung des gemeinsamen westeuropäischen Mindestprogrammes, das für Frankreich acht jederzeit einsatzfähige

Panzerdivisionen vorsieht und 22 weitere Divisionen nach einer kurzen Mobilisierungsfrist.

Nach vorsichtigen Berechnungen müsste Frankreich in den nächsten fünf Jahren für seine Armee, ohne die Sonderausgaben in Indochina, rund 1000 Mrd. fFrs. jährlich aufwenden, wenn es das oben erwähnte Ziel erreichen und ausserdem eine Luftflotte von 5.000 Einheiten schaffen will. Der Staatshaushalt für 1950 sieht für die Verteidigung nur 420 Mrd. vor, da-von kaum 26,7 Mrd. für die Anschaffung neuer Waffen (16,8 Mrd. für die Luftwaffe, 4,8 Mrd. für die Marine, 0,4 Mrd. für die überseeischen Streitkräfte und nur 4,7 Mrd. für die Landtruppen). Diese wenigen Zahlen genügen als Erklärung für die augenblicklich ungenügende Ausrüstung der französischen Armee. Von dem Gesamtbetrag von 420 Mrd. dienen 140 Mrd. dem Unterhalt der überseeischen Truppen einschliesslich Indochina, wo übrigens die Schlagkraft der französischen Soldaten ebenfalls unter erheblichen Sparmassnahmen leidet, denn trotz ständiger Feindseligkeiten dürfen die Aufwendungen für Munition 11,5 Mrd. nicht überschreiten. Die Besoldung der Berufssoldaten und der Rekruten erfordert bei anerkannt bescheidener Entlohnung einschliesslich der Sozialabgaben 166,3 Mrd., die Ernährung 38 Mrd., Kleidung und Unterkunft 53 Mrd. Einsparungen sind bei diesen Posten nur schwer möglich, selbst wenn, wie behauptet wird, eine Verringerung des Offizierkorps ohne Gefährdung der Ausbildung der Truppen durchaus denkbar ist.

Bei den gegebenen Verhältnissen gestattet allerdings jede Mehrausgabe eine unmittelbare Steigerung des Verteidigungspotentials. Die anfänglich von der französischen Regierung vorgesehene zusätzliche Aufwendung von 80 Mrd. fFrs. im Jahre 1951 ist aber mehr als ungenügend. Inzwischen spricht man von insgesamt 2.000 Mrd. für die nächsten drei Jahre, eine Zahl, die unter Berücksichtigung der von den Vereinigten Staaten zu erwartenden Hilfe nicht mehr allzu sehr unter der oben erwähnten angeblichen jährlichen Mindestausgabe von 1000 Mrd. fFrs. liegt. Bis auf weiteres ruht jedoch das Schwergewicht weniger auf den Verteidigungsmitteln als auf dem vorläufig nur beschränkt vorhandenen Verteidigungswillen. Die Anwesenheit zusätzlicher amerikanischer Divisionen in Europa und das Bewusstsein eines Mindestmasses von Sicherheit sind daher wichtiger als Waffenlieferungen.

Noch acht Ministerien in Frankfurt

sp. Die alsbaldige Unterbringung aller Ministerien in Bonn war auch eine jener Bonner Versprechungen vor der Hauptstadentscheidung, die dann nach der Entscheidung nicht gehalten wurden und die nur durch Aufwendung bedeutender Geldmittel gehalten werden können. So sind heute noch von den 13 Ministerien der Bundesregierung acht mit kleineren oder grösseren Teilen in Frankfurt. Das Bundesverkehrsministerium sitzt heute noch zum weitaus grössten Teil in Offenbach und wird so lange dort sitzen bleiben müssen, bis in Bonn ein Neubau erstellt ist, der mindestens drei Millionen kosten wird. Das Bundespostministerium sitzt mit über 80 Prozent in der Gallusanlage in Frankfurt. Hier gilt das gleiche - es wird erst dann nach Bonn übersiedeln können, wenn an der Koblenzer Strasse für fünf Millionen ein Neubau errichtet ist. Vom Bundesfinanzministerium sind immer noch in Bad Homburg die grosse Abteilung Lastenausgleich, das Amt für Wertpapierbereinigung und die Sonderabteilung Besatzungslasten. Das Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplans hat sein ERP-Kontor in Frankfurt in der Börsenstr.2, dem ehemaligen Heim des Wirtschaftsrates, zurückgelassen. Das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung sässe noch mit viel mehr Abteilungen in der Gervinusstrasse in Frankfurt, wenn nicht die Lurgi auf die Rückgabe ihres Hauses gedrängt hätte. So sind nur noch kleinere Referate in Frankfurt geblieben. Vom Bundesjustizministerium ist das Rechtsamt in Frankfurt und das Bundesministerium für Wohnungsbau unterhält in der Feldbergstrasse in Frankfurt ein eigenes "Sonderreferat Frankfurt". (Es hat im Mittelalter eine Zeit gegeben, da nannte man Frankfurt die heimliche Hauptstadt.) Von 13 Ministerien 8 noch in Frankfurt? Sollte das vielleicht doch wieder einen besonderen Sinn haben? Von der Ministerialbürokratie wird wahrscheinlich weit mehr in Frankfurt wohnen als in Bonn. Genaue Zahlen sind von niemandem zu erhalten. Aber man weiss, dass ein grosser Teil der Angestellten der Teile der Ministerien, die bereits in Bonn sind, nach wie vor in Frankfurt wohnen, weil sie in Bonn nicht untergebracht werden konnten. Sie erhalten Trennungsgeld und fahren Samstags vormittag mit Omnibussen von ihrem Arbeitsplatz direkt nach Frankfurt. Alles das kostet zusätzlich und ständig erhebliches Geld, das der Steuerzahler aufbringen muss.

- - - -

Kartoffelkäfer ohne Propaganda

sp. Der Kartoffelkäfer-Krieg begann nach ostzonaler Sprachregelung bekanntlich damit, dass amerikanische Flugzeuge in der von Kartoffelkäfern völlig freien Ostzone ganze Schwaden von diesen gefrässigen Insekten abwarfen, um den "Aufbau" der "Deutschen Demokratischen Republik" zu stören. Hat es vorher wirklich keine Kartoffelkäfer in der Ostzone gegeben?

Es lohnt manchmal, in Archiven zu stöbern. Liest man z.B. das Organ der SED für den Bezirk Westsachsen, die "Leipziger Volkszeitung" vom 13. Juni 1946 (neunzehnhundertsechsvierzig), so findet man dort folgende Notiz:

"Beim Kartoffelhacken wurde vor einigen Tagen auf einem nur einen ha grossen Kartoffelfelde des Bauern Erich Schiller in Lindenaundorf ein grosser Kartoffelkäferherd entdeckt... Schon bei der ersten Suchaktion wurde festgestellt, dass das Mittelstück des Kartoffelfeldes in einer Ausdehnung von über 600 qm vollkommen verseucht war. Hunderte von Käfern wurden unschädlich gemacht, viele Eigelege wurden gefunden und viele nach tausenden zählende Larven getötet. Die Möglichkeit besteht, dass ver einzelnte Käfer schon auf andere Gebiete abgeflogen sind..."

Man wird vergeblich in dieser Notiz nach Angriffen auf das amerikanische Monopolkapital und auf die Kriegbrandstifter der westlichen Hemisphäre suchen. Damals gab es allerdings Propagandaamt Eisler noch nicht. Sollte es aber doch, was ja nicht auszudenken wäre, Kartoffelkäfer echten und unbezweifelbaren volksdemokratischen Ursprungs geben?

- - -

SSD fälscht Briefe

sp. Es ist festgestellt worden, dass der SSD der Sowjetzone von "unzuverlässigen" Personen, die er beobachtet, Briefe abfängt und sie selbst beantwortet. Dabei werden Unterschriften gefälscht und die Antworten so abgefasst, dass der Empfänger den Eindruck gewinnt, der Brief käme von der Stelle, an die er sein Schreiben gerichtet hatte.

Damit wird offenbar bezweckt, die Verfasser dieser Briefe zur Absendung weiterer Schreiben zu veranlassen, die in ihrem Inhalt gegen das kommunistische Regime in der Sowjetzone Stellung nehmen. Auf diese Weise soll Belastungsmaterial gegen die betreffenden Personen gesammelt werden und bei einer eventuellen Verhaftung entsprechende Verwendung finden.